

I-11 Dringlichkeitsantrag: In Zeiten fossiler Inflation: sozialen Zusammenhalt sichern, Wirtschaft stärken

Gremium: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 26.09.2022

Tagesordnungspunkt: I In Zeiten fossiler Inflation: sozialen Zusammenhalt sichern, Wirtschaft stärken

Antragstext

1 Die Auswirkungen des völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine spüren wir auch
2 in Form von hohen Preisen bei uns. Die enorme fossile Abhängigkeit von Russland, in die
3 Deutschland von Vorgängerregierungen getrieben wurde, gibt dem Kreml die Möglichkeit, auch
4 unseren Wohlstand herauszufordern. Doch wir lassen uns nicht von Vladimir Putin erpressen.
5 Und das heißt: Wir stehen unverändert solidarisch an der Seite der Ukraine und ihrer
6 Menschen. Mit weitreichenden Maßnahmen erreichen wir Monat für Monat Deutschlands
7 Unabhängigkeit von russischen Energieimporten. Und je stärker wir dabei auf erneuerbare
8 Energien setzen, desto mehr werden künftig auch die Preise sinken.

9 Doch aktuell leiden viele Menschen in Deutschland und Europa unter immens gestiegenen
10 Preisen für Energie und Lebensmittel und wissen oft kaum mehr, wie sie ihre Rechnungen
11 bezahlen sollen. Gerade diejenigen, die schon vor der aktuellen fossilen Inflation, vor dem
12 russischen Angriff auf die Ukraine und vor der darauffolgenden Energiekrise kaum über die
13 Runden kamen, werden von den derzeitigen Herausforderungen hart getroffen. So droht sich die
14 soziale Spaltung nach mehr als zwei Jahren Pandemie ein weiteres Mal zu verschärfen. Viele
15 Menschen machen sich in dieser Situation berechnete Sorgen. Deswegen haben wir stets
16 zielgerichtet diejenigen besonders in den Blick genommen, die von der Krise am härtesten
17 getroffen werden.

18 Die Sorge vor steigenden Lebenshaltungskosten reicht bis in die gesellschaftliche Mitte
19 hinein. Es steht der über lange Zeit erarbeitete Lebensstandard und Wohlstand in Frage. Die
20 hohen Preise für Energie und Lebensmittel treffen alle Menschen existenziell, die geringe
21 oder keine Rücklagen haben, das betrifft ca. 40 Prozent der Menschen in Deutschland. Oft
22 sind es gerade die vielen Beschäftigten, die in systemrelevanten Berufen schon in Zeiten der
23 Lockdowns unsere Versorgung mit dem Notwendigsten gesichert haben. Sie stellen unsere
24 Daseinsvorsorge, also das tägliche Brot, die Reparatur der Heizung, die Fahrt im Bus oder
25 die Betreuung im Kindergarten sicher.

26 Wir lassen die Menschen in diesem Land nicht alleine. Um sie zu unterstützen, braucht es zum
27 einen kurzfristige Entlastungen, zum anderen aber muss Deutschland gerechter werden. An
28 vielen Stellen müssen wir unseren Sozialstaat reformieren und an die Herausforderungen und
29 Bedarfe unserer Zeit anpassen. Mit Vorhaben wie dem Bürgergeld und der Kindergrundsicherung
30 schaffen wir mehr soziale Gerechtigkeit in Zeiten sozialer Unsicherheit und Polarisierung.

31 Insgesamt steht uns als Gesellschaft ein schwerer Winter bevor. Neben der Inflation droht
32 aufgrund der Energiekrise auch eine Rezession in ganz Europa. Nach zwei Pandemie Jahren macht
33 das auch vielen Unternehmen große Sorgen. Denn durch die seit Mitte Juni reduzierten und
34 seit Anfang September ausbleibenden Gaslieferungen sind die Energiekosten massiv gestiegen
35 und setzen besonders kleine und mittelständische Betriebe stark unter Druck. Die hohen

36 Preise zehren ihre Rücklagen auf und damit die Mittel für Investitionen in den Umbau für
37 mehr Nachhaltigkeit und vor allem in den Umbau zur Reduzierung des Energieverbrauchs. Hinzu
38 kommen fortwirkende Lieferengpässe, der handfeste Mangel an Arbeits- und Fachkräften sowie
39 die allgemein rückläufige Kaufkraft und eine insgesamt erhöhte Unsicherheit. Es darf nicht
40 dazu kommen, dass unsere Mittelständler, Handwerksbetriebe, aber auch soziale Einrichtungen
41 und Krankenhäuser in dieser extrem angespannten Phase ihre Liquidität verlieren. Wir müssen
42 ihnen beistehen, damit sie gut über diesen Winter kommen – und sie bei der Transformation
43 unterstützen.

44 Der drohende Nachfrageschock kann die Situation weiter verschärfen. Die teilweise
45 verdoppelten oder verdreifachten Kosten für Strom, Gas und Lebensmittel müssen die
46 Bürger*innen an anderer Stelle einsparen. Das hat Auswirkungen auf die Konsumgüternachfrage
47 in Deutschland. Auch die Tarifpartner wissen: Lohnzurückhaltung ist daher jetzt das falsche
48 Rezept gegen die Inflation. Expert*innen sehen keine Anzeichen für eine Lohn-Preis-Spirale.
49 Im Gegenteil, die Reallöhne sinken. Es geht in diesem Winter darum, diejenigen bei den hohen
50 Preisen zielgerichtet zu unterstützen, die wenig haben.

51 Es ist aber auch eine Frage ökonomischer und wirtschaftlicher Vernunft, dass wir es nicht
52 zulassen, die Rezessionsgefahren noch zu verschärfen. Jetzt eine Rezession in Kauf zu
53 nehmen, um die Inflation zu bekämpfen, wäre genau der falsche Weg. Denn damit würde man
54 Schaden im Kern der deutschen Wirtschaft riskieren. Wir müssen also beides schaffen: aktiv
55 gegen die drohende Rezession und gleichzeitig gegen die hohe Inflation vorgehen.

56 Dabei ist eine kluge Geldpolitik ein wichtiges Instrument von Inflationsbekämpfung. Doch es
57 liegt an der Politik, die richtigen Maßnahmen zu treffen, damit Geldpolitik wirken kann und
58 die Menschen vor den Folgen der Inflation geschützt werden. Unser Ziel ist es auch, allen
59 EU-Staaten mehr Investitionen für den sozial-ökologischen Umbau und für die soziale
60 Infrastruktur zu ermöglichen. Daher setzen wir uns für eine Weiterentwicklung der EU-
61 Fiskalregeln ein.

62 Aus dieser Krise können wir uns nicht herausparen. Wir brauchen einen starken Schutzschirm
63 für das Handwerk, für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie für die soziale
64 Infrastruktur und gleichzeitig müssen wir in die sozial-ökologische Transformation sowie die
65 Unabhängigkeit unserer Energieversorgung investieren. Nur so kommen wir raus aus der von
66 Putin getriebenen fossilen Inflation und machen unsere Wirtschaft und Industrie
67 zukunftsfest.

68 Klar ist aber auch: Wir werden nicht alle Lasten, die in diesem Winter auf uns zukommen,
69 ausgleichen können. Deshalb ist es wichtig, unsere Möglichkeiten gezielt einzusetzen, und
70 dass auch diejenigen ihren Beitrag leisten, die in der Krise gut über die Runden kommen oder
71 als Unternehmen aufgrund der Krise sogar zusätzliche Gewinne machen.

72 **Soziale Sicherheit schaffen – in der Krise und darüber hinaus**

73 Während sich viele Menschen um die nächste Nebenkostenabrechnung sorgen, fahren einige
74 wenige Energiekonzerne gerade milliardenschwere Gewinne ein – nicht etwa, weil sie besser
75 wirtschaften oder klug investiert haben, sondern einzig und allein, weil der russische
76 Angriff auf die Ukraine die Energiepreise derart in die Höhe getrieben hat. Wir drängen
77 deshalb bereits seit dem Frühjahr auf die Abschöpfung solcher Übergewinne, um mit den daraus
78 erzielten Einnahmen gezielt die Bürger*innen zu entlasten.

79 Mit dem Abschöpfen dieser zufälligen Übergewinne auf dem Strommarkt gehen wir nun einen
80 ersten wichtigen Schritt, um eine Strompreisbremse zu finanzieren. Damit soll der
81 Grundverbrauch an Strom für die Menschen bezahlbar bleiben. Für den darüber hinausgehenden
82 Verbrauch wird der jeweils aktuelle Marktpreis angelegt. So werden Verbraucher*innen, aber
83 auch kleine und mittlere Unternehmen entlastet und gleichzeitig zur Reduktion ihres

84 Verbrauchs angeregt. Sollte eine europäische Regelung nicht zustande kommen, werden wir sie
85 bis Ende des Jahres national einführen. Mit dem Vorschlag einer Solidaritätsabgabe auf
86 Unternehmensgewinne im Energiebereich jenseits des Stromsektors legt die EU-Kommission nun
87 nach. Wir werden in der Bundesregierung darauf drängen, dass dieser Vorschlag zügig
88 angenommen und umgesetzt wird. Wenn eine Einigung auf europäischer Ebene scheitert, setzen
89 wir uns für eine nationale Übergewinnsteuer auch in diesem Bereich ein.

90 Die Strompreisbremse soll auch kleinen und mittelständischen Betrieben sowie Vereinen,
91 Verbänden oder Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen zugutekommen. Für sie soll es
92 ebenfalls ein vergünstigtes Stromkontingent geben, weil auch hier die Belastungen durch die
93 hohen Strompreise spürbar sind. Daneben führen der schnellere Ausbau erneuerbarer Energien
94 sowie die beschlossenen Effizienz-Maßnahmen perspektivisch ebenfalls zu günstigeren
95 Strompreisen.

96 Außerdem werden wir Maßnahmen ergreifen, um auch den Gaspreis zu senken. Es ist gut, dass
97 die Expertenkommission, die sich mit den Möglichkeiten einer Preisdämpfung befasst, ihre
98 Arbeit aufgenommen hat. Auch beim Gas braucht es einen Preisdeckel für den Grundbedarf. Das
99 würde dafür sorgen, dass der Grundverbrauch bezahlbar bleibt – für die Bürger*innen genauso
100 wie für die Unternehmen im Land. Außerdem können wir nicht mehr jeden Einkaufspreis
101 akzeptieren. Eine geschlossen auftretende EU sollte ihr starkes Marktgewicht gegenüber Gas-
102 exportierenden Ländern und auf den globalen Spotmärkten für Flüssiggas einsetzen, indem sie
103 Instrumente wie einen Price Cap für den Import von Gas prüft.

104 In bisher drei Entlastungspaketen haben wir zusammen mit unseren Koalitionspartnern viele
105 Maßnahmen vereinbart, die denjenigen zu Gute kommen, die die steigenden Preise finanziell
106 besonders unter Druck setzen. Das sind Menschen mit geringen und mittleren Einkommen,
107 Familien, Studierende, Rentner*innen und Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind.
108 Gerade für sie haben wir uns in den Verhandlungen stark gemacht. Und das werden wir auch
109 weiterhin tun: Sollte die wirtschaftliche und soziale Lage es notwendig machen, müssen zügig
110 weitere Sofortentlastungen kommen, etwa weitere Direktzahlungen.

111 Denn ein wirksamer Weg, um Menschen in der Breite kurzfristig vor den Folgen hoher
112 Energiekosten zu schützen, sind staatliche Direktzahlungen an private Haushalte. Daher haben
113 wir die Energiepreispauschale auf den Weg gebracht. Dadurch, dass diese der progressiven
114 Einkommensteuer unterliegt, stellen wir sicher, dass Menschen mit wenig Einkommen am meisten
115 profitieren. Nun erhalten auch Rentner*innen und alle Studierenden eine Einmalzahlung. In
116 der Transformation hilft auch ein sozial-gerechtes Klimageld, das wir – wie im
117 Koalitionsvertrag vereinbart – gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern umsetzen wollen.
118 Direktzahlungen an alle Bürger*innen bieten zum einen die Möglichkeit einer sozial gerechten
119 Rückzahlung der Einnahmen aus dem CO₂-Preis, zum anderen sind sie ein kurzfristiges
120 Kriseninstrument. Nur fehlt bisher in Deutschland dafür ein Auszahlmechanismus. Das
121 Finanzministerium muss diesen bis Ende des Jahres vorlegen.

122 Familien sind besonders betroffen von den steigenden Preisen. Deshalb wollen wir Familien
123 sehr gezielt unterstützen: Für von Armut betroffene Kinder gilt bis zur Einführung der
124 Kindergrundsicherung ein monatlicher Kindersofortzuschlag in Höhe von 20 Euro. Für Familien,
125 deren Einkommen nur knapp oberhalb der Grundsicherung liegt, wird der Kinderzuschlag erhöht
126 und für kindergeldberechtigte Kinder steigt das monatliche Kindergeld auf 237 Euro im Monat.
127 Die hohe Kinderarmut in Deutschland werden wir aber nur beenden, indem wir eine echte
128 Kindergrundsicherung einführen, die alle Kinder erreicht, unabhängig vom Familienmodell
129 ihrer Eltern. Auf dem Weg dahin müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um
130 familienpolitische Antragsleistungen wie den Kinderzuschlag oder Leistungen aus dem
131 Bildungs- und Teilhabepaket niedrigschwellig und unbürokratisch zugänglich zu machen. Mit
132 der Kindergrundsicherung werden wir die Familienförderung vom Kopf auf die Füße stellen und

133 ein zeitgemäßes Sozialstaatsverständnis umsetzen: einfach, automatisch berechnet und
134 ausgezahlt ohne aufwendiges Antragswesen bei verschiedenen Behörden. Damit werden wir Armut
135 – auch verdeckte – bekämpfen und sicherstellen, dass jedes Kind und jede*r Jugendliche*r
136 finanziell abgesichert ist.

137 Außerdem muss die im Koalitionsvertrag vorgesehene steuerliche Gutschrift für
138 Alleinerziehende jetzt auch schnell auf den Weg gebracht werden, denn Alleinerziehende
139 gehören zu denjenigen, die in diesem Land am meisten von Armut betroffen sind.

140 Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, erhielten bereits eine Einmalzahlung von
141 200 Euro. Das neue Bürgergeld, das ab Januar 2023 die bisherige Grundsicherung ersetzt, wird
142 um 53 Euro steigen. Gleichzeitig ändern wir die Berechnungsmethode dauerhaft so, dass die
143 Inflation künftig früher in die Berechnung einfließt. Auch Kinder und Jugendliche im
144 Leistungsbezug haben künftig deutlich mehr Geld zum Leben. Und auch die Geldleistungen für
145 andere Sozialleistungsbeziehende sollen entsprechend fortgeschrieben werden, zum Beispiel in
146 der Grundsicherung im Alter oder für Asylsuchende.

147 Strukturell überwinden wir mit dem Bürgergeld endlich Hartz-IV und schaffen eine
148 bürgerfreundliche Grundsicherung, die mehr soziale Sicherheit schafft und den Fokus auf
149 Weiterbildung und Qualifizierung legt. Damit kommen wir unserem Konzept der grünen
150 Garantiesicherung einen wichtigen Schritt näher. Für uns ist klar: Das Bürgergeld muss
151 perspektivisch noch weiter steigen, und eine bedarfsgerechte und inflationsfeste
152 Neuberechnung der Regelsätze muss kommen. Die gegenwärtig vereinbarte Erhöhung sehen wir
153 daher als ersten Schritt hin zu einer armutsfesten Grundsicherung.

154 Nachdem von uns im Koalitionsvertrag durchgesetzten Sanktionsmoratorium werden
155 Sanktionsmöglichkeiten über die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts hinaus deutlich
156 eingeschränkt. Und die Kultur im Jobcenter wird eine andere sein. Briefe kommen künftig
157 weitgehend ohne komplizierte Rechtsfolgenbelehrungen aus und werden somit verständlicher.
158 Statt Sanktionen setzt das Bürgergeld auf positive Anreize mit dem Weiterbildungsgeld von
159 150 Euro und dem Bürgergeldbonus von 75 Euro pro Monat als Aufschlag auf den Regelsatz. Wer
160 sich auf den Weg in einen neuen Beruf macht, wird so direkt für seine Anstrengungen belohnt
161 – und nicht erst am Ende einer mehrjährigen Ausbildung. Außerdem verstetigen wir den
162 Sozialen Arbeitsmarkt und stärken damit die Teilhabe von langzeitarbeitslosen Menschen am
163 Arbeitsleben.

164 Um Menschen mit wenig Geld knapp oberhalb der Grundsicherung vor den hohen Heizkosten zu
165 schützen, unterstützen wir mit Heizkostenzuschüssen beim Wohngeld und im BAföG. Im kommenden
166 Jahr wird es außerdem eine große Wohngeldreform mit einer Heizkosten- sowie einer
167 überfälligen Klima-Komponente geben. Mit der Reform sollen weit mehr Menschen künftig
168 Anspruch auf Wohngeld haben. Die Wohngeldbeantragung und -bewilligung muss dabei
169 niedrigschwellig, digital und schnell gestaltet werden. Das ist eine gesamtstaatliche
170 Aufgabe. Wir haben im dritten Entlastungspaket zudem Regelungen vereinbart, damit
171 Mieter*innen in finanziellen Notsituationen ihre Wohnung nicht verlieren und Strom- und
172 Gassperren verhindert werden. Diese müssen jetzt zügig und wirksam umgesetzt werden. Es
173 braucht außerdem Schutz für Haushalte mit Indexmieten. Denn bei Indexmietverträgen sind
174 Mietsteigerungen an die Entwicklung der Verbrauchspreise gekoppelt. Durch die
175 Preissteigerungen droht den betroffenen Mieter*innen eine massive Anhebung ihrer Miete –
176 zusätzlich zu den steigenden Heizkosten. Daher wollen wir Indexmieten deckeln.

177 Bereits vor der aktuellen Krise ist bezahlbares Wohnen zur wichtigsten sozialen Frage in
178 urbanen Zentren geworden. In den letzten Jahren ist der Bestand an Sozialwohnungen stetig
179 zurückgegangen. Das müssen wir umkehren, indem wir die verbliebenen Bestände sichern und um
180 neue erweitern. Deshalb ist es richtig, dass wir uns im Koalitionsvertrag auf eine
181 Wohnbauoffensive und die neue Wohngemeinnützigkeit geeinigt haben – beides muss nun zügig

182 kommen. Wir werden in hohem Umfang auch öffentlich geförderte Wohnungen bauen und dauerhaft
183 sichern.

184 Klar ist: Wohnen ist ein Grundrecht und muss als Teil der Daseinsvorsorge verstanden werden.
185 Das bedeutet, dass Wohnen für alle bezahlbar ist. Der Schutz und das Recht von Mieter*innen
186 muss dafür an verschiedenen Stellen gestärkt werden. Die Mietpreisbremse wollen wir
187 verlängern und verschärfen. In angespannten Märkten werden wir die Kappungsgrenze von 15 auf
188 elf Prozent in drei Jahren absenken. Wir werden qualifizierte Mietspiegel stärken,
189 verbreitern und rechtssicher ausgestalten sowie für mehr Transparenz bei den
190 Nebenkostenabrechnungen sorgen. Die Modernisierungsumlage wollen wir strikt begrenzen, damit
191 Kosten nicht einfach auf die Mieter*innen abgewälzt werden können. Auch muss Mietwucher
192 wirksam bekämpft werden.

193 Wir müssen außerdem vermeiden, dass Menschen ihre Wohnung verlieren. Bereits ausgesprochene
194 Kündigungen sollten durch Nachzahlung der geschuldeten Miete zurückgenommen werden.
195 Strukturelle Wohnungs- und Obdachlosigkeit wollen wir bis 2030 beenden.

196 Es braucht zukünftig eine effektivere Regulierung der Bodenpreise sowie eine nachhaltige und
197 sozial ausgewogene Entwicklung des Wohnungsmarktes und des Wohnungsbaus. Im Sinne einer
198 integrierten Flächenentwicklung und der Schaffung von Wohnraum kommt kommunalen
199 Flächenreserven verstärkt eine Schlüsselfunktion zu. Das kommunale Vorkaufsrecht wollen wir
200 daher durch eine Änderung im Baugesetzbuch wieder ermöglichen.

201 Die von uns durchgesetzte Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro zum
202 1. Oktober dieses Jahres bedeutet eine gezielte Gehaltserhöhung für viele Millionen
203 Menschen, insbesondere für Frauen und Beschäftigte in Ostdeutschland. Mit der Anhebung der
204 Midijobgrenze entlasten wir kurzfristig viele Menschen mit wenig Einkommen außerdem bei
205 Steuern und Sozialbeiträgen, halten aber am Grundsatz der Parität fest. Auch auf der
206 europäischen Ebene haben wir mit dem beschlossenen EU-Mindestlohn zum ersten Mal einen
207 gemeinsamen Standard gesetzt. Der EU-Mindestlohn ist ein wichtiges Werkzeug, um Armut
208 vorzubeugen, denn es müssen nun alle EU-Mitgliedstaaten dafür Sorge tragen, dass nationale
209 Mindestlöhne ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Darüber hinausgehend braucht es eine
210 EU-Grundsicherung.

211 Mit dem 9-Euro-Ticket wurden Menschen in diesem Sommer bei der Mobilität spürbar entlastet.
212 Zudem konnten wir die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs steigern. Es gilt nun, eine
213 ökologisch nachhaltige, einfache, bundesweit nutzbare und preisgünstige Form der Mobilität
214 zu realisieren. Die bereits vereinbarte Anschlussregelung soll aus unserer Sicht einen Preis
215 von 49 Euro nicht übersteigen. Mit weiteren Investitionen in die Schiene haben wir richtige
216 Weichenstellungen eingeleitet. Darüber hinaus wird es kurzfristig auch eine deutliche
217 Erhöhung der Regionalisierungsmittel für den ÖPNV brauchen, um Teilhabe in den Regionen zu
218 verbessern und eine nachhaltige Verkehrswende zu beginnen.

219 Ferner müssen wir die Daseinsvorsorge in Deutschland flächendeckend sichern. Die Corona-
220 Pandemie hat gezeigt, welche gravierenden Folgen es hat, wenn soziale Angebote und
221 Einrichtungen geschlossen sind oder die Arbeit stark einschränken müssen. Krankenhäuser und
222 Pflegeeinrichtungen stehen durch die steigenden Energiekosten und Inflationseffekte vor
223 enormen Sachkostensteigerungen, für die oftmals keine Refinanzierung zur Verfügung steht.
224 Das stellt sie vor existenzielle Herausforderungen. Wir brauchen daher umgehend einen
225 Energiekostenschutzschirm und eine Inflationskostenbremse für die betroffenen Einrichtungen.

226 Hart getroffen sind auch die sozialen Dienstleister, also das gesamte Spektrum sozialer
227 Arbeit, der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Beratungs-, Schutz- und Hilfeinrichtungen.
228 Sie sind den massiv gestiegenen Kosten ausgeliefert und können diese nicht weitergeben. Auch
229 sie müssen wir nun davor schützen, in eine Notlage zu geraten.

230 Soziale Sicherheit und sozialer Ausgleich sind gerade in Krisenzeiten unverzichtbar, denn
231 starke Schultern können mehr tragen als schwache. Das bedeutet auch, Verteilungsfragen zu
232 stellen und Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten abzubauen. Gerade in der Krise ist der
233 gesellschaftliche Zusammenhalt gefordert.

234 **Standort Deutschland schützen, unsere Industrie umbauen, Unternehmen retten**

235 Die wirtschaftliche Lage ist angespannt. Besonders die kleinen und mittelständischen
236 Unternehmen, aber auch die energieintensiven Industrien brauchen dringend Unterstützung.
237 Deswegen setzen wir uns in der Ampel-Koalition dafür ein, mit einem breit aufgespannten und
238 gut finanzierten Rettungsschirm die Wirtschaft zu schützen. Die Unternehmen können sich
239 darauf verlassen, dass wir sie in dieser Krise schützen.

240 Die Energiekrise und die Inflation, aber auch die Dürre haben die Unternehmen in Deutschland
241 unter Druck gesetzt. Das Energiekostendämpfungsprogramm für die energieintensive Industrie
242 wollen wir deshalb deutlich erweitern und um eine neue Programmstufe für den
243 energieintensiven Mittelstand ergänzen – also auch Unternehmen einbeziehen, die nicht
244 unmittelbar im internationalen Wettbewerb stehen. Dadurch unterstützen wir gerade die
245 besonders betroffenen Branchen des Mittelstands und des Handwerks wie etwa Bäckereien, die
246 das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden und die wir unbedingt schützen müssen. Denn die
247 Betriebe vor Ort haben eine herausragende Bedeutung für die lokale Wertschöpfung, das
248 soziale Gefüge und die Gesellschaft in den Dörfern und Städten. Wir müssen jetzt die
249 finanzielle Kraft aufbringen, die nötig ist, um die Substanz unserer Wirtschaft und die
250 Arbeitsplätze in unserem Land zu sichern und in die klimaneutrale Zukunft zu führen.

251 Das Kurzarbeitergeld hat sich, zuletzt in der Pandemie, als Kriseninstrument bewährt. In
252 Zeiten externen Drucks hilft es, Personalabbau zu vermeiden und schützt Arbeitsplätze. Es
253 ist daher richtig, dass wir die Sonderregelungen für das Kurzarbeitergeld über den 30.
254 September 2022 hinaus verlängert haben. Damit schaffen wir Sicherheit für Unternehmen und
255 Beschäftigte. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für eine dauerhafte Fortführung des
256 SURE-Instruments ein, das in Anlehnung an das deutsche Kurzarbeitergeld geschaffen wurde.
257 Gerade die öffentlich geförderte Kurzarbeit ist oft dazu geeignet, gezielte
258 innerbetriebliche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen auf den Weg zu bringen.

259 Um kurzfristig die Liquidität der Unternehmen sicherzustellen, werden wir bestehende
260 Programme wie das KfW-Sonderprogramm „Ukraine, Belarus, Russland“ sowie die bereits während
261 der Corona-Pandemie eingeführten Erweiterungen der Bund-Länder-Bürgschaftsprogramme
262 verlängern. Auch das Margining-Finanzierungsinstrument wollen wir fortführen, um
263 Unternehmen, die an den Terminbörsen mit Strom, Erdgas und Emissionszertifikaten handeln,
264 den Zugang zu ausreichender Liquidität zu ermöglichen.

265 Um gerade kleine und mittlere Unternehmen in der aktuellen Krisensituation zusätzlich
266 finanziell zu entlasten, weiten wir den Verlustrücktrag bei der Einkommen- und
267 Körperschaftsteuer für die Veranlagungszeiträume 2022 und 2023 auf die vier vorangegangenen
268 Wirtschaftsjahre aus. Dadurch können die Unternehmen ihre Verluste mit den Gewinnen aus den
269 wirtschaftlich guten Jahren 2018 und 2019 verrechnen und erhalten schneller die
270 erforderliche Liquidität. Eine solche Ausweitung des Verlustrücktrags ist eines der
271 einfachsten und zielgenaueren Instrumente, um Umsatzeinbrüche auszugleichen und es lässt
272 sich auch mit bestehenden Hilfsprogrammen kombinieren.

273 Mittelfristig sollen die Unterstützungsmaßnahmen auch die Transformation voranbringen. Es
274 ist daher gut, dass aktuelle Programme bereits Anstrengungen zu Ressourcen- und
275 Energieeffizienz verlangen. Gleichzeitig wollen wir verhindern, dass Konzerne, die
276 Staatshilfen in Anspruch nehmen, in der betreffenden Zeit Boni auszahlen.

277 Richtig ist: Einen wirksamen und großen Rettungsschirm für kleine und mittelständische
278 Unternehmen gibt es nicht umsonst. Die Entlastungsmaßnahmen erfordern große Anstrengung und
279 Kreativität, auch innerhalb der Ampelkoalition. Es wäre daher falsch, inmitten einer derart
280 tiefgreifenden Energie- und Wirtschaftskrise haushaltspolitische Dogmen über die praktisch
281 notwendige Unterstützung des deutschen Mittelstands zu stellen. Wenn die Schuldenbremse
282 droht, im kommenden Jahr vor allem eine Bremse für unsere Wirtschaftskraft und die vielen
283 kleinen und mittleren Unternehmen zu werden, dann muss sie auch 2023 ausgesetzt werden.

284 Um die Krise zu überwinden, wird es neben kurzfristiger Unterstützung massive Investitionen
285 brauchen. Wir müssen jetzt umfangreich in die nötige Transformation der Wirtschaft
286 investieren und in den kommenden Jahren das Tempo nochmals erhöhen. Nur so machen wir unser
287 Wohlstandsmodell unabhängig von fossilen Energiequellen. Das schützt nicht nur das Klima,
288 sondern senkt auch die Preise, bekämpft damit die fossile Inflation und gibt unserer
289 Wirtschaft Kraft für die Zukunft.

290 Wir brauchen ein Stabilisierungs- und Innovationspaket für unsere Wirtschaft, um diese
291 Zukunftsinvestitionen zu sichern. Dazu gehört eine finanzielle Stärkung des Klima- und
292 Transformationsfonds (KTF) zur Finanzierung von Maßnahmen für mehr Energieeffizienz. Es
293 lohnt sich, gezielt nachhaltige Technologien zu fördern, die den Energieverbrauch und
294 dadurch auch die Energiekosten und den CO₂-Ausstoß senken. Schon jetzt unterstützen wir
295 Unternehmen bei Investitionen in Effizienz- und Substitutionsmaßnahmen.

296 Für die Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation muss der Staat alle Hebel in
297 Bewegung setzen, um die nötigen Investitionen zu ermöglichen, positive Anreize zu setzen,
298 Potenziale zu erweitern und so gleichzeitig die Preisentwicklung zu dämpfen. Ein Hebel dafür
299 ist die Stärkung resilienter Lieferketten. Ein weiterer, wesentlicher ist eine bessere
300 Verfügbarkeit von Arbeits- und Fachkräften.

301 Eine zunehmende Herausforderung für Unternehmen ist es, genügend Arbeitskräfte zu finden. In
302 einigen Branchen und Regionen ist dieser Mangel inzwischen kaum zu übersehen und wird sich
303 aus demografischen Gründen weiter verschärfen. Allein 2022 werden über 330.000 Menschen mehr
304 in Rente gehen als ins Berufsleben starten. Diese Lücke wird sich bis 2030 etwa verdoppeln.

305 Das ist nicht nur ein Problem der Wirtschaft und der Sozialversicherungssysteme. Auch die
306 ökologische Transformation der Wirtschaft kann nur gelingen, wenn ausreichend Menschen im
307 Handwerk, in der Planung und Forschung tätig sind. Deshalb werden wir uns entschieden dafür
308 einsetzen, den Arbeitskräftemangel zu lindern. Dabei legen wir einen Fokus auf
309 Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung sowie eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf
310 und Familie. Dies ist auch ein Beitrag, um die Erwerbstätigkeit von Frauen zu erhöhen. Wir
311 wollen die Hürden für Frauen abbauen, damit sie sich eigenständig absichern können und ihre
312 Fachkompetenz dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Bei Qualifizierung, Aus- und
313 Weiterbildung braucht es eine Stärkung der Berufsorientierung an den Schulen, mehr
314 Qualifizierung in Unternehmen sowie einen flächendeckenden Ausbau von
315 Weiterbildungsagenturen. Für die Beschäftigten sind attraktivere Arbeitsbedingungen,
316 passgenaue Arbeitszeiten und eine gute Bezahlung entscheidende Faktoren, um mehr zu
317 arbeiten. Unternehmen, die gut bezahlen und für ein gesundes Arbeitsumfeld sorgen, werden es
318 leichter haben, Fachkräfte an sich zu binden.

319 Zusätzlich gilt es, die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen zu
320 vereinfachen und zu beschleunigen. Mit einem Fokus allein auf Potenziale im Inland werden
321 wir dem Mangel an Arbeitskräften allerdings nicht beheben können. Es braucht auch Menschen
322 aus dem Ausland, die längerfristig hier im Land leben und arbeiten wollen. Deshalb werden
323 wir die rechtlichen Hürden senken, die verhindern, dass Menschen zusammen mit ihren Familien
324 nach Deutschland kommen können.

325 Darüber hinaus müssen unsere Lieferketten widerstandsfähiger werden. Wir haben uns zu
326 abhängig gemacht von einzelnen Handelspartnern und Absatzmärkten und von der Just-In-Time-
327 Produktion, die bei logistischen Schwierigkeiten Lieferketten reißen lässt. Wir müssen mit
328 einer neuen Handelsagenda unsere Handelsbeziehungen auf breitere Füße stellen, sie
329 resilienter, fairer und nachhaltiger machen. Damit können wir für zukünftige Krisen
330 vorbauen, die Preissteigerungen heute lassen sich damit noch nicht bekämpfen. So – und mit
331 den Mitteln der Entwicklungspolitik – wirken wir gemeinsam mit unseren Partner-Staaten
332 darauf hin, dass soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards entlang der gesamten
333 Wertschöpfungs- und Lieferkette eingehalten sowie in der Produktion und Wertschöpfung
334 ausgebaut werden.

335 In den vergangenen Jahrzehnten hat sich Europa bei kritischen Rohstoffen vermehrt in eine
336 Abhängigkeit von China begeben. Fast zwei Drittel der von der EU als kritische Rohstoffe
337 eingestuft Ressourcen werden derzeit überwiegend in China abgebaut. Wir haben zu lange
338 nach dem Prinzip gewirtschaftet, dass dort gekauft wird, wo es am billigsten ist. Häufig
339 sind das Rohstoffe aus China. Gleichzeitig dürfen wir jedoch keine protektionistischen
340 Tendenzen fördern. Wir brauchen die Globalisierung – aber eine faire und nachhaltige.

341 Um die Resilienz unserer Lieferketten zu stärken, müssen wir Einkaufsquellen
342 diversifizieren, resilientere Logistikstrukturen aufbauen und auf europäischer Ebene
343 gemeinsam handeln. Wir unterstützen daher den Vorschlag der Europäischen Kommission, mit dem
344 Notfallinstrument für den Binnenmarkt die Resilienz und Krisenvorsorge der EU zu verbessern.

345 Im Rohstoffbereich ist eine Verringerung des Verbrauchs notwendig. Dazu müssen die
346 notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft
347 brauchen wir eine neue Rohstoffpolitik, die den Einsatz von Primärrohstoffen reduziert,
348 fossile durch nachwachsende Rohstoffe ersetzt und die globale Rohstoffgewinnung an hohe
349 Transparenz-, Sozial- und Umweltstandards bindet. Auch die Unternehmen sollten ihre
350 Bemühungen hier deutlich verstärken.

351 **Gemeinsam durch einen Winter der Solidarität**

352 Wir sehen, wie groß die Herausforderungen und die Last sind, die all die Menschen und
353 Unternehmen in diesem Land tragen. Es braucht uns alle, unseren Zusammenhalt und unsere
354 Solidarität, um diese Lasten gemeinsam zu schultern. Gerade in dieser Zeit spielen soziale
355 Bewegungen und Bündnisse eine wichtige Rolle. Sie bilden einen Organisations- und
356 Resonanzraum, können auf Missstände aufmerksam machen und den politischen Handlungsdruck
357 erhöhen.

358 Gleichzeitig erleben wir auch jetzt, wie Rechte und Demokratiefeinde die Krise für ihre
359 eigenen Zwecke nutzen. Hasserfüllte Angriffe auf Regierungsvertreter*innen oder
360 Ehrenamtliche sowie der Versuch, die mutige Freiheitsbewegung der Montagsdemonstrationen in
361 der DDR für Hass und Hetze zu missbrauchen, sind inakzeptabel. Perfiden Spaltungsversuchen
362 und Verschwörungserzählungen treten wir fakten- und evidenzbasiert entgegen und
363 solidarisieren uns mit allen, die unsere Unterstützung brauchen.

364 Die kommenden Monate sollen zu einem Winter der Solidarität werden. In Bund, Ländern und
365 Kommunen arbeiten wir mit aller Kraft an den konkreten Problemen und tun alles dafür, dass
366 wir mit Stärke und Entschlossenheit gemeinsam diese Krise überstehen. Es ist die russische
367 Regierung mit ihrem Angriff auf Freiheit, Würde und Unversehrtheit der Menschen in der
368 Ukraine, die auch unsere Freiheit und Sicherheit bedroht. Es ist der Kreml, der mit seinen
369 Erpressungsversuchen Europa in soziale und ökonomische Verwerfungen stürzen will. Aber wir
370 lassen uns weder spalten noch erpressen. Wir halten Stand.

Begründung der Dringlichkeit

Große Anteile des Antrags beziehen sich auf die Ergebnisse des Koalitionsausschusses am 3. September 2022 und das dort beschlossene Entlastungspaket sowie auf die darauffolgende Debatte. Der Termin lag nach dem Antragsschluss am 2. September.

ES-01 Dringlichkeitsantrag: Sichere Energieversorgung für den Winter

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 09.09.2022
Tagesordnungspunkt: ES Sichere Energieversorgung für den Winter

Antragstext

1 Der Angriff Russlands auf die Ukraine bedeutet unermessliches Leid für die Menschen in der
2 Ukraine, eine Bedrohung für die europäische Sicherheitsordnung und Risiken für die weltweite
3 Ernährungssicherheit. Er bringt aber auch große Herausforderungen für unsere
4 Energieversorgung mit sich.

5 Mit der von zahlreichen Vorgängerregierungen forcierten Abhängigkeit Deutschlands von
6 russischen fossilen Energieträgern, vor allem von russischem Gas, wurde Vladimir Putin ein
7 Instrument an die Hand gegeben, um direkten Einfluss auf unsere Versorgungssicherheit,
8 unseren Wohlstand und unsere Wirtschaft zu nehmen. Längst hat die russische Regierung
9 mithilfe willkürlicher Drosselungen oder Abschaltungen der Gaslieferungen einen
10 Wirtschaftskrieg mit Europa begonnen. Wir unternehmen daher in der Ampel-Koalition jede
11 Anstrengung, Deutschland aus der energiepolitischen Abhängigkeit Russlands zu befreien und
12 die Energieversorgung in unserem Land zu sichern.

13 Dabei setzen wir Grüne mit aller Kraft auf den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien,
14 Energieeffizienz und Einsparung. Sie sind der beste Beitrag, um die dreifache
15 Herausforderung aus Klimaschutz, Energiesicherheit und Bezahlbarkeit zu bewältigen.
16 Gleichzeitig muss Deutschland gezwungenermaßen für die Übergangszeit verstärkt auf fossile
17 Energien zurückgreifen – Kohlekraftwerke etwa, die in den Markt zurückkehren, oder LNG-Gas,
18 für dessen Anlandung schwimmende und auf Wasserstoff umrüstbare feste Terminals gebaut
19 werden.

20 Diese Politik tragen wir Grüne in der Koalition mit SPD und FDP, weil wir uns unserer
21 Verantwortung für das Land bewusst sind und uns die Aggression Putins dazu zwingt, eine
22 konsequente Klimapolitik mit der Notwendigkeit der Versorgungssicherheit in Einklang zu
23 bringen. Die Ampelkoalition arbeitet zugleich mit Hochdruck daran, die Bürger*innen und die
24 Wirtschaft vor den Verwerfungen der Energiekrise zu schützen. Mit mittlerweile drei
25 Entlastungspaketen, die wir als Grüne maßgeblich mitgestaltet haben, unterstützen wir
26 Menschen und Unternehmen in Zeiten dramatischer Preisanstiege.

27 **Vorrang für erneuerbare Energien**

28 Gleichzeitig haben sich im vergangenen Sommer energiepolitische Krisenlagen
29 aufeinandergeschichtet, die zusätzlich zu den ausbleibenden Gaslieferungen auch eine Gefahr
30 für die Stabilität des europäischen Stromnetzes in diesem Winter befürchten lassen. So
31 standen zeitweise über die Hälfte aller französischen Atomkraftwerke still, die
32 Stromproduktion aus Wasserkraft war aufgrund der klimakrisenbedingten Dürre in vielen
33 europäischen Ländern auf einem Tiefstand und das dürrebedingte Niedrigwasser auf dem Rhein
34 ermöglichte nur eingeschränkt den Transport von Kohle an die entsprechenden Kraftwerke. Die
35 Verflechtungen mit unseren europäischen Nachbarn beeinflussen sowohl die Menge des zur

36 Verfügung stehenden Stroms als auch die Flexibilität im gegenseitigen Austausch – und damit
37 die Stabilität des Netzes. Hinzu kommt, dass durch den insbesondere auch von der CSU
38 verzögerten Netzausbau Strom, vor allem aus erneuerbaren Energien, nicht ausreichend von
39 Nord nach Süd transportiert werden kann. Dadurch drohen Engpässe insbesondere in
40 Süddeutschland. Bitter rächt sich nun, dass die bayerische Staatsregierung den Ausbau der
41 Windkraft und der Übertragungsleitungen massiv bekämpft hat. Damit hat die CSU nicht nur für
42 das Land Bayern eine schwierige Situation geschaffen, sondern für die Bundesrepublik
43 insgesamt.

44 Unsere Verantwortung für die Menschen in unserem Land und die Versorgungssicherheit gebietet
45 es, die Situation in diesem Winter sachlich und problemorientiert zu bewerten. Um die
46 Diskussion zu versachlichen, hat das Bundeswirtschaftsministerium einen zweiten Stresstest
47 zur Netzstabilität in Auftrag gegeben, in dem verschiedene Krisenszenarien für den Winter
48 2022/23 berechnet wurden. Der Stresstest hat ergeben, dass eine krisenhafte Situation im
49 Stromsystem für diesen Winter zwar sehr unwahrscheinlich ist, aber nicht vollständig
50 ausgeschlossen werden kann. Damit besteht mit geringer Wahrscheinlichkeit die Gefahr von
51 Lastunterdeckungen oder gar Stromausfällen aufgrund von Netz-Stresssituationen.

52 Um dieser Gefahr vorzubeugen, steht ein Bündel von Maßnahmen zur Verfügung. Dazu gehört die
53 zusätzliche Stromproduktion durch Windenergie, Photovoltaik und Biogasanlagen, die Erhöhung
54 von Transportkapazitäten über die vorhandenen Stromnetze, die Nutzung von alternativen
55 Kraftwerksreserven und die Aktivierung von Leistungsreserven bei Kohlekraftwerken sowie die
56 Erweiterung des Lastmanagements in enger Absprache mit der Industrie. Außerdem werden
57 besonders die Träger öffentlicher Gebäude zum Energiesparen angehalten und alle
58 Stromverbraucher*innen, vom Anlagenbetreiber über Ladenbesitzer*innen bis hin zu
59 Privatleuten, bei ihren Bemühungen unterstützt. Maßnahmen zur Energieeffizienz und
60 Energieeinsparung werden verstärkt. All das ist entscheidend, um die Versorgungssicherheit
61 in diesem Winter zu gewährleisten.

62 Das Ergebnis des Stresstestes ist eindeutig: Die Atomkraft ist nicht die Lösung für das
63 drohende Energieproblem in diesem Winter, sondern es braucht ein ganzes Maßnahmenbündel, um
64 die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Bezogen auf die Atomkraft hat der Stresstest die
65 lauten Stimmen widerlegt, die im Weiterbetrieb der drei noch am Netz befindlichen
66 Atomkraftwerke die Lösung aller Probleme sehen. Denn insgesamt spielt die Atomenergie selbst
67 im Worst-Case Szenario im Vergleich zu den anderen dringenden Maßnahmen nur eine
68 untergeordnete Rolle, wenn es darum geht, in kritischen Situationen die Netzsicherheit zu
69 gewährleisten. So erweist sich der Beitrag der AKW für die Versorgungssicherheit insgesamt
70 als begrenzt, ihr Beitrag zum Einsparen von Gas und zur Dämpfung der Strompreise als
71 marginal.

72 **Eine befristete Einsatzreserve für den Notfall**

73 Für den äußersten Notfall, so unwahrscheinlich er auch sein mag, wollen wir dennoch
74 vorsorgen und auf alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten für die Netzstabilisierung
75 zurückgreifen können. Deswegen stimmen wir zu, eine konditionierte, zeitlich begrenzte und
76 von der Atomaufsicht strikt überwachte AKW-Einsatzreserve zu schaffen. Damit endet die
77 Laufzeit der verbliebenen drei Atomkraftwerke regulär zum 31. Dezember dieses Jahres. Die
78 beiden AKW im Süden des Landes, Isar 2 und Neckarwestheim 2, werden jedoch bis Frühjahr 2023
79 weiter in Betriebsbereitschaft gehalten und stehen so – ohne neue Brennelemente – zur
80 Verfügung, um, falls nötig, einen Beitrag zur Stabilisierung des Stromnetzes in
81 Süddeutschland zu leisten.

82 Entscheidend ist für uns, dass keine neuen Brennelemente beschafft werden. Sie sind für eine
83 Einsatzreserve nicht erforderlich; neuer, gefährlicher Atommüll wird nicht produziert. Nur
84 für einen begrenzten Zeitraum und nur für die zwei süddeutschen AKW ist ein eng

85 konditionierter Einsatz zur Abwehr einer konkreten Gefahr für die Versorgungssicherheit
86 vorzusehen und damit noch vertretbar. Das AKW Emsland wird zum 1. Januar 2023 endgültig
87 abgeschaltet und zurückgebaut. Für den norddeutschen Raum stehen andere Instrumente zur
88 Verfügung, um die Netzstabilität zu sichern.

89 Die Risiken im Stromsystem für den kommenden Winter unterscheiden sich wesentlich vom Winter
90 2023/24, weil durch die längere Vorlaufzeit bereits beschlossene Maßnahmen dann stärker
91 wirken und noch weitere umgesetzt werden können. So erhöhen wir bis dahin die Gas-
92 Importkapazität über schwimmende LNG-Terminals so stark, dass keine Gasmangellage an den
93 Gaskraftwerken mehr zu befürchten ist. Wir steigern die Verfügbarkeit von Strom aus Biogas-
94 Anlagen und aus anderen Erneuerbaren. Ebenso verbessern wir die Leistungsfähigkeit der
95 Stromnetze, die Kraftwerkskapazitäten und flexible Lasten. Wir setzen auf Energieeffizienz
96 und Unterstützung beim Energiesparen. Damit werden bis Herbst 2023 die Unsicherheitsfaktoren
97 deutlich reduziert und die Versorgung bleibt auch in Extremszenarien gesichert. Eine
98 Verlängerung der Einsatzreserve über Frühjahr 2023 hinaus oder eine Wiederbelebung im Winter
99 2023/24 ist deshalb ausgeschlossen.

100 Der Einsatz der Reserve ist nicht voraussetzungslos. Sie kann im Winter 2022/23 und nur dann
101 eingesetzt werden, wenn klar zu befürchten ist, dass die Voraussetzungen eines
102 Krisenszenarios vorliegen und auch unter Ausnutzung anderer Maßnahmen eine kritische
103 Situation weiterhin droht. Die gesetzlichen Regelungen müssen sicherstellen, dass die
104 Sicherheit der Anlagen gewährleistet ist, Sicherheitsaspekte oberste Priorität haben und die
105 Betreiber nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden.

106 **Der Atomausstieg bleibt**

107 Die Einsatzreserve ist eine verantwortungsvolle, angemessene, zeitlich begrenzte und
108 zielgenaue Lösung, um auf ein Extremszenario vorbereitet zu sein und einer möglichen
109 Netzininstabilität im kommenden Winter vorzubeugen. Sie trägt aber auch dem Risiko Rechnung,
110 das der Einsatz von Atomkraft bedeutet.

111 Für uns ist klar: Der Atomausstieg bleibt. Atomkraft ist und bleibt eine
112 Hochrisikotechnologie. Weiterhin ist für die Entsorgung des hochradioaktiven Abfalls keine
113 Lösung in Sicht. Auch haben sich die Behauptungen von der Atomkraft als verlässlicher und
114 günstiger Energiequelle immer wieder als Märchen entpuppt – davon zeugt einmal mehr der
115 dramatische Ausfall der französischen AKW. Deutschland hat sich aus guten Gründen
116 entschlossen, aus der Atomkraft auszusteigen. Atomkraft ist die Vergangenheit, nicht die
117 Zukunft unserer Energieversorgung. Die Zukunft ist erneuerbar.

Begründung der Dringlichkeit

Der Antrag bezieht sich auf die Entscheidung zur Bereithaltung einer Einsatzreserve der Atomkraftwerke Isar 2 und Neckarwestheim 2 auf Grundlage der Ergebnisse des Stresstests. Die Entscheidung und die Ergebnisse des Stresstests lagen erst am 5. September vor. Das war nach dem Antragschluss am 2. September 2022.

ES-02 Dringlichkeitsantrag: Keinen Tag länger - alle AKW abschalten

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)
Tagesordnungspunkt: ES Sichere Energieversorgung für den Winter

Antragstext

- 1 **Pacta sunt servanda** (Verträge sind einzuhalten): Das geltende Atomgesetz muss für die
2 Entscheidung vom 5.9. (Reservebetrieb von Isar 2 und Neckarwestheim 2 bis April 2023)
3 geändert werden (<https://www.gesetze-im-internet.de/atg/AtG.pdf> §7, 1a - 6). Wird dieser
4 schwierig erreichte Kompromiss an einer entscheidenden - in der Findung heiß umstrittenen -
5 Stelle aufgemacht, besteht einerseits die Gefahr, dass es nicht dabei bleibt. Gleichzeitig
6 droht andererseits die Gefahr, dass die wesentlichen Ziele des Kompromisses (Endlagersuche,
7 -findung und -errichtung mit festem Zeitplan, immerhin ein Projekt über Tausende von
8 Generationen) dadurch scheitern.
- 9 Daher LEHNT die BDK von Bündnis 90/Die Grünen jegliche Änderung des Atomgesetzes mit dem
10 Ziel einer Laufzeitverlängerung über den 31.12.2022 AB und fordert Fraktion,
11 Regierungsmitglieder und Bundesvorstand auf, dies umzusetzen.

Begründung der Dringlichkeit

Der Regierungsbeschluss zur Laufzeitverlängerung erfolgte am 5.9.2022, also NACH Antragschluss.

Begründung

Das Atomgesetz war ein mühsamer Kompromiss mehrerer Bundestagsparteien, auch mit großen Zugeständnissen seitens der Grünen mitgetragen, sowie vieler Bürgerinitiativen unterschiedlicher Seiten (z.B. Anti-Atom-Inis und Anliegergemeinden). Die Menschen außerhalb der Politik, welche diesen schwierigen umfangreichen Kompromiss mitgetragen haben, werden keiner*in Politiker*in mehr trauen.

Es besteht die Gefahr, dass es nicht dabei bleibt: Der Reserve-Notbetrieb und das "Ende April" wird umgehend von der Union als "zu wenig" bezeichnet. Auch der Koalitionspartner FDP fordert umgehend "die Laufzeitverlängerung der drei am Netz befindlichen AKWs".

Aber selbst Minister Habeck gesteht zu, dass "nicht groß Gas eingespart wird". Hauptgrund für die Entscheidung seien Probleme bei der Netzstabilität, "wenn das Ausland zuviel Energie absaugt aus Deutschland". Ad absurdum geführt wird die Argumentation pro Atomenergie, dass namentlich (mehrfach genannt) "die Franzosen" das Problem sind, "die jetzt nur die Hälfte ihres (Atom!) Kraftwerkparks am Netz (haben)": Atomkraft soll Atomkraft retten, nicht etwa den Gasengpass überbrücken.

(Quelle der Zitate: <https://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal/heute-journal-vom-5-september-2022-100.html#:~:text=September%202022,72%20%2D%20Vergebung%20f%C3%BCr%20ein%20Versagen%3F>)

weitere Antragsteller*innen

Bettina Deutmoser (KV Stade); Torsten Mario Klein (KV Westerwald); Dieter Kaufmann (KV Frankfurt); Sebastian Krieg (Wartburgkreis/Stadt Eisenach RV); Wilfried Böhling (KV Stade); Marianne Rummel (KV Trier-Saarburg); Claudia Weise (KV Prignitz); Jens Polster (KV Celle); Rüdiger Tonojan (KV Emmendingen); Steffen Pichl (KV Fulda); Stephan Wiese (KV Lübeck); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Claudia Laux (KV Ahrweiler); Ines Wiesmeier (KV Kelheim); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Gabriele Raasch (KV Ludwigslust-Parchim); Joachim Dreher (KV Pinneberg); Harald Klussmeier (KV Bremen-Mitte); Iris Förster (KV Rems/Murr); sowie 32 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

FS-20 Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit den protestierenden Frauen* im Iran.

Antragsteller*in: Gollaleh Ahmadi (KV Berlin-Spandau)

Tagesordnungspunkt: FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Antragstext

- 1 Wir von Bündnis 90/ Die Grünen erklären unsere bedingungslose Solidarität mit den
- 2 protestierenden Frauen* im Iran und rufen öffentlich dazu auf, sie in ihrem Kampf für
- 3 Selbstbestimmung, Gleichberechtigung, Demokratie und gegen Zwangskleidung zu unterstützen.

Begründung der Dringlichkeit

Seit der Ermordung von Mahsa Amini am 16.09.2022 hat die Protestbewegung für Frauenrechte im Iran erheblich zugenommen. Gleichzeitig verschärfen sich die Drohungen und Unterdrückungsmaßnahmen durch die Staatsgewalt. Doch nur durch möglichst große und anhaltende öffentliche Proteste entsteht genug Sprengkraft für einen gesellschaftlichen Wandel.

Deshalb ist es dringend notwendig, dass wir diesen Frauen und allen Demokrat*innen, die gerade auf den iranischen Straßen kämpfen, unsere Solidarität aussprechen und dazu aufrufen, sich zu beteiligen und engagieren.

Begründung

Begründung:

Seit Jahrzehnten wird den Frauen* im Iran das Recht auf Selbstbestimmung verweigert. Staatlich verordnete Zwangskleidung, gesetzliche Ungleichheit und Bevormundung, Angst und Gewaltdrohungen von Sittenwächtern und Sittenpolizisten bestimmen den Alltag. Wie real diese Gefahren und Drohungen sind, beweist wieder einmal der Mord durch die Sittenpolizei an einer jungen Frau Mitte September. Tausende Frauen kämpfen seitdem auf den Straßen im Iran unter der Parole „Frau, Leben, Freiheit“ für ein selbstbestimmtes Leben und ein Ende der staatlichen Gewalt. Sie verbrennen ihre Kopftücher und riskieren ihr Leben mit diesen Protesten.

Als diejenige Partei, die die feministische Außenpolitik endlich auf die Agenda und internationale Bühne gebracht hat, unterstützen wir diese mutigen Frauen, stehen ihnen solidarisch und bedingungslos zur Seite und unterstützen sie in ihrem Kampf für Freiheit, Gleichheit und Menschenrechte.

weitere Antragsteller*innen

Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Daniela Billig (KV Berlin-Pankow); Manuel Stock (KV Frankfurt); Philipp Freisleben (KV Berlin-Spandau); Dara Kossok-Spieß (KV Berlin-Spandau); Ruben Joachim (KV Berlin-Pankow); Alexander Kaas Elias (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Marcel Ernst (KV Göttingen); Christiane Kilian (KV Erfurt); Michael Wustmann (KV Berlin-Mitte); Fabian Laute (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Can Aru (KV Berlin-Pankow); Christopher Pieper (KV Berlin-Mitte); Felix Lütke (KV Duisburg); Laura Steeger (KV Mönchengladbach); Robert Losensky (KV Berlin-Spandau); Joel Abdel Ghani (KV Berlin-Spandau); Maurice Lange (KV Berlin-Spandau); sowie 75 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

FS-21 Dringlichkeitsantrag: Feministische Außenpolitik im Iran auch innenpolitisch umsetzen

Gremium: BAG Migration & Flucht

Beschlussdatum: 30.09.2022

Tagesordnungspunkt: FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Antragstext

- 1 Bündnis 90/Die Grünen begrüßt, dass das Auswärtige Amt bereits an einer neuen Lagebewertung
2 für den Iran arbeitet. Wir erwarten, dass diese realitätsgerecht und präzise sein wird und
3 somit zu einer sachgerechten Entscheidungspraxis beim BAMF im Asylverfahren führt.
- 4 Bündnis 90/Die Grünen setzt sich auf Bundesebene und in den Ländern bei der Vorbereitung auf
5 die anstehende Innenminister*innen-Konferenz dafür ein, dass
- 6 • ein sofortiger Abschiebestopp in den Iran eingeführt wird.
 - 7 • die Einreisesperren von bereits abgeschobenen Iraner*innen, sowie Afghan*innen, die
8 sich derzeit im Iran befinden, aufgehoben werden.
 - 9 • die nach Deutschland geflohenen Iraner*innen, die bisher nur eine Duldung haben, ein
10 Bleiberecht bekommen oder mindestens einen subsidiären Schutzstatus im
11 Folgeasylverfahren erhalten.
 - 12 • geschlechtsspezifische Verfolgung – auch aufgrund der Kleidungs Vorschriften –
13 vollumfänglich und grundsätzlich als Asylgrund anerkannt werden.

Begründung der Dringlichkeit

Die Ermordung der jungen kurdischen Iranerin Jîna Mahsa Amîni am 16. September 2022 durch die iranische Sittenpolizei hat im Iran große Proteste ausgelöst. Nicht nur Frauen demonstrieren auf der Straße, sondern alle Gruppen quer durch die Gesellschaft. Die iranische Regierung reagiert mit großer Brutalität und Repression auf die Proteste, bereits Dutzende Menschen starben, Hunderte wurden durch Polizeikräfte verletzt, Tausende verhaftet. Zwar gab es in den vergangenen fünf Jahren immer wieder Massenproteste, die Wut über den staatlichen Femizid hat aber eine neue Dimension der Protestbewegung entfacht.

Begründung

Menschenrechtsverletzungen im Iran sind nicht neu: Neben Kritiker*innen des Regimes, Oppositionellen und politischen Aktivist*innen unterdrückt das Regime Frauen, LGBTQI+ sowie religiöse, ethnische und nationale Minderheiten und alle, die gegen die strenge Sittenordnung des Regimes verstoßen. Sie werden (willkürlich) verhaftet, gefoltert, ermordet oder verschwinden.

Jedes Jahr werden Millionen von Frauen im Iran angehalten und schikaniert und sanktioniert, weil sie das Kopftuch „nicht korrekt“ tragen. Zahlreiche iranische Frauen verbüßen zweijährige Gefängnisstrafen, weil sie sich weigern den Schleier zu tragen. Behörden planen den Einsatz von Gesichtserkennungssoftware, um Frauen identifizieren, verfolgen und bestrafen zu können, denen im öffentlichen Raum das Kopftuch verrutscht oder die keines tragen. Die staatliche geschlechtsspezifische Gewalt ist massiv.

Zwar ist die geschlechtsspezifische Verfolgung seit 2005 in Deutschland ein anerkannter Asylgrund, allerdings wird diese nicht grundsätzlich akzeptiert und nicht einheitlich angewendet. So urteilte beispielsweise das Verwaltungsgericht Nürnberg 2017 bei der Klage zweier Iranerinnen gegen den Asyblehnungsbescheid, dass Strafverfolgung wegen Verstoßes gegen Kleidungs Vorschriften nicht asylrelevant sei, sondern „Verfolgung wegen eines allgemeinen Straftatbestandes ohne politische Bedeutung“.

Obwohl bekannt ist, dass das Regime ein repressiver Folterstaat ist und auch nicht zu den sicheren Herkunftsländern zählt, wurden dieses Jahr bereits 25 Menschen in den Iran abgeschoben.

Der Iran gehört zu den zehn zugangstärksten Herkunftsländern von Asylsuchenden in Deutschland – ihre Anerkennungsquote liegt bei etwa 30 Prozent. Im laufenden Jahr haben bislang rund 3.500 Iraner*innen einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Nur ein Drittel wurde vom BAMF anerkannt – 2021 war es ca. ein Viertel. Mehr als 10.000 Iraner*innen in Deutschland leben mit dem prekären Status der Duldung, viele von ihnen unterliegen einem Arbeitsverbot.